O-05-212 Erneuern wir das Versprechen unserer Demokratie!

Antragsteller*in: KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg
Beschlussdatum: 10.11.2026

Änderungsantrag zu O-05

Von Zeile 212 bis 218:
~~Rechtsextreme und ihre Gruppierungen stellen ein sehr ernstes und ganz konkretes Sicherheitsrisiko dar. Wir wollen, dass unsere Sicherheitsbehörden entschieden gegen rechtsextreme und rechtsterroristische Strukturen vorgehen. Ihre Netzwerke müssen aufgeklärt, zerschlagen und Finanzierungsquellen trockengelegt werden. Verfassungsfeind*innen gehören konsequent entwaffnet. Wo immer notwendig, müssen Betätigungs- und Vereinsverbote gegen verfassungsfeindliche~~Die migrationsfeindlichen Debatten der vergangenen Jahre haben dazu geführt, dass die Bedrohung durch Rechtsextremismus und Rassismus in den Hintergrund sicherheitspolitischer Betrachtungen geraten ist. Dabei ist der Aufstieg der extremen Rechten und der AfD als parlamentarischer Arm des Rechtsextremismus in Deutschland die größte Gefahr für die freiheitliche Demokratie. Rechtsextreme Straftaten befinden sich auf einem Allzeithoch, Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte und rassistisch motivierte Straftaten und Hasskriminalität sind zur neuen Normalität geworden. In manchen Gegenden bilden sich rechtsfreie Räume, in denen sich Demokrat*innen aus politischem und ehrenamtlichen Engagement zurückziehen. Gegen dieses Sicherheitsrisiko müssen die Sicherheitsbehörden entschieden vorgehen. Extremistische Netzwerke müssen aufgeklärt, zerschlagen und Finanzierungsquellen trockengelegt werden.
Verfassungsfeind*innen gehören konsequent entwaffnet. Wo erforderlich, müssen auch Betätigungs- und Vereinsverbote gegen verfassungsfeindlich agierende Organisationen ausgesprochen werden.

Begründung

Rechtsextremismus klar als größtes Problem benennen